

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ des Stadtteilbeirats Findorff am 06.02.2024 im NAHBEI, Martinsclub Bremen, Findorffstraße 108, 28215 Bremen

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.15 Uhr

Nr.: XIV/1/24

Teilgenommen haben:

Anke Bittkau
Hille Brünjes
Margarethe Klimek
August Kötter
Oliver Otwiaska
Svenja Rohlfing
Pia Straßburger

Verhindert war:

Janina Walecki (i.V. Oliver Otwiaska)

Gäste:

Peter Kurt Josenhans - Stellvertretender Vorsitzender der Kassenärztlichen
Vereinigung Bremen (KVHB)
Holger Schelp - Hausärzterverband Bremen, Vorstand
sowie interessierte BürgerInnen

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

- TOP 1: **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung****
- TOP 2: **Genehmigung des Protokolls Nr.: XIV/2/23 vom 14.11.2023****
- TOP 3: **Hausärzterversorgung in Findorff****
Dazu: Peter Kurt Josenhans, stellvertretender Vorsitzender
der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB)
N.N., Hausärzterverband Bremen (angefragt)
- TOP 4: **Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten****
- TOP 5: **Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes****
-

TOP 1: **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
Der Fachausschuss ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird beschlossen.

TOP 2: **Genehmigung des Protokolls Nr.: XIV/2/23 vom 14.11.2023**
Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

TOP 3: Hausärzteversorgung in Findorff

Herr Josenhans erläutert den aktuellen Stand der hausärztlichen Versorgung.

Die Bedarfsplanung von Hausärzten ist auf Bundesebene über eine Verordnung festgelegt und orientiert sich immer noch an der Lage von 1980, der sogenannten 'Ärztenschwemme'. Diese Bedarfsplanung wird in erster Linie nicht konkret an einzelnen Stadtteilen bemessen, sondern an Regionen wie zum Beispiel Land/Stadt/Großstadt. Bremen ist in die Kategorie Großstadt einzuordnen. Die Versorgung bezieht dabei auch Teile des Umlandes ein. Dabei ist ein Arzt auch grundsätzlich frei in der Entscheidung, wo er sich im Stadtgebiet niederlässt. Bei Über- oder Unterversorgung kann der Zulassungsausschuss, der eine eigenes Gremium darstellt, darüber entscheiden, ob ein Arzt seine Zulassung verlegen kann oder über den Ort, an dem ein Arzt diese Zulassung bekommt.

Die Bemessungszahlen für Über- oder Unterversorgung sind Durchschnittswerte und passen somit auch nicht perfekt auf jeden Stadtteil. Hier müsste viel kleinteiliger berechnet werden. Der Versorgungsgrad für Bremen liegt bei ungefähr 105 Prozent. Eine Überversorgung fängt bei 110 Prozent an. Das bedeutet, dass keine freien Sitze für Ärzte angeboten, sondern nur noch z. B. bei Renteneintritt übernommen werden können. Eine Unterversorgung fängt bei 75 Prozent an. Alles dazwischen gilt als bundesgesetzlich ausreichend versorgt. Bei Anwendung auf Findorff läge der Versorgungsgrad bei 164 Prozent. Dabei muss beachtet werden, dass diese Rechnung nicht vollständig auf die Stadtteilebenen übertragen werden kann.

In der Zukunft wird sich auch voraussichtlich ein weiterer Mangel an Ärzten ergeben, denn ca. 1/3 der Ärzte wird in den nächsten 5-7 Jahren in Rente gehen. Der Grad der medizinischen Versorgung hängt außerdem von der Anzahl der medizinischen Fachangestellten (MFA) ab. Viele MFA verlassen die Praxen aufgrund des Gehalts und wechseln in die Krankenhäuser, da diese in der Regel tariflich gebunden sind und andere Vergütungen zahlen können. Aus diesem Grund wechseln auch viele Ärzte in die Krankenhäuser.

Die Kassenärztliche Vereinigung ist für die Gehaltsverhandlungen nicht zuständig und kann wenig Einfluss nehmen. Hier ist die Politik gefragt, zum Beispiel Anreize zu schaffen, um Medizinstudenten in Bremen einzusetzen und an Bremen zu binden. Hier könnte eine Verteilung auf die einzelnen Stadtteile entsprechend berücksichtigt werden. Auch die Ausbildungs- und Arbeitsvergütung der medizinischen Fachangestellten müsste überarbeitet werden, um die Arbeit in den Arztpraxen wieder attraktiver zu machen.

Auf der Stadtteilebene kann die ärztliche Versorgung unterstützt werden, indem das Ortsamt oder der Beirat neue Bauvorhaben an die Kassenärztliche Vereinigung melden, damit diese mit Bauträgern klären kann, ob z.B. Praxisräume mit geplant werden können.

Sollte es schwierig sein, einen zeitnahen Termin in einer Arztpraxis zu bekommen, kann über die Hotline 116 117 ein Termin in einer anderen Praxis gebucht werden. Leider werden aktuell nur 40% der so vermittelten Termine genutzt. Hier wird überlegt, wie mehr Verbindlichkeit bei den Hilfe suchenden Patient:innen erzeugt werden kann, damit die Praxen vernünftig arbeiten können.

TOP 4: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

- Schreiben des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) betr. Budget 2024 OKJA Stadtteil Findorff, Entscheidung der Sozialzentrumsleitung:
Derzeit kann das Budget nicht beschlossen werden, da noch nicht über den Haushalt

beschlossen wurde. Es wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich auch die Förderung durch verschiedene Institutionen, z. B. durch die Sparkasse Bremen, möglich ist.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- Beschluss des Stadtteilbeirates Schwachhausen vom 14.12.2023 betr. Träger der Drogen- und Wohnungshilfe unterstützen, hier: Antwort der Senatorin für Soziales vom 16.01.2024: Es wird derzeit angestrebt, dass der Beratungsbus voraussichtlich nach Beendigung des Wärmebusses wieder im Nelson-Mandela-Park eingesetzt wird. Die Finanzierung konnte durch den beschlossenen Drogenhilfestrategieplan im Doppelhaushalt 2024/2025 bereits gesichert werden.
- Herr Kötter berichtet zum aktuellen Stand in den Übergangwohnheimen für geflüchtete Menschen. Grundsätzlich ist die Lage sehr positiv. Im Wohnheim in der Corveystraße konnten die WLAN-Accesspoints erneuert werden. Die Finanzierung und die Installation konnte über Globalmittel und mit Unterstützung des Beirates erfolgen. Auch gibt es in verschiedenen Einrichtungen noch freie Plätze oder freie Wohnungen. Durch Verordnungen im Aufenthaltsgesetz sind Flüchtlinge jedoch verpflichtet, ein Jahr in der Erstunterkunft zu bleiben.

Bereits durch das Ortsamt an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- Mitteilung AfSD, Tag der Offenen Tür Findorff, Sondierungsgespräch, Neuterminierung (30.11.2023).
- Mitteilung AfSD, Kooprunde Jugendarbeit MöV/Vernetzungstreffen Jugendarbeit, Protokoll vom 09.11.2023.
- Mitteilung AfSD, Tag der Offenen Tür in Findorff (18.01.2024), Terminerinnerung.
- Einladung zum Jugendhilfeausschuss am 07.02.2024.
- Einladung zur JHA-Sitzung am 07.02.2024, hier: Nachversand/Unterlagen.
- Mitteilung AfSD, AK Kinder und Familie MÖV, Protokoll vom 17.01.2024.
- Schreiben des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) betr. Budget 2024 OKJA Stadtteil Findorff, Entscheidung der Sozialzentrumsleitung.
- Mitteilung AfSD, Kooprunde Jugendarbeit MöV/Vernetzungstreffen Jugendarbeit Findorff - Einladung zur nächsten Veranstaltung am 07.03.2024.

Vorsitz:

Sprecherin:

Protokoll:

- Christina Contu -

- Anke Bittkau –

- Anna Köster –
Praktikantin im OA